



Presseinformation

Nr. 216/2005

Kiel, Mittwoch, 28. September 2005

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Bildungspolitik/Lehrerbildung

Ekkehard Klug: „Mehr Fachdidaktik und größerer Praxisbezug im Lehrerstudium - aber am besten ohne Bachelor/Master-Modell“

In der Landtagsdebatte zu **TOP 24** (Neuordnung der Lehrerbildung) - erklärte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug:**

„Bei den Lehramtsstudiengängen gibt es einen erheblichen Reformbedarf. Dies betrifft meines Erachtens vor allem zwei Bereiche:

Erstens die notwendige Stärkung der fachdidaktischen Studienanteile und zweitens eine erhebliche Ausweitung des Praxisbezuges.

Dazu braucht man intensive Praktika, die im Rahmen des Studiums vernünftig vor- und nachbereitet werden müssen. Indem Lehramtsstudierende möglichst frühzeitig Erfahrungen in der Schulpraxis - also insbesondere im konkreten Unterrichtsalltag - sammeln, erhalten sie die Chance, vor diesem Erfahrungshintergrund ganz anders als bisher an ihr Studium heranzugehen - und gegebenenfalls auch den eigenen Berufswunsch noch einmal zu überprüfen. Dass sich nicht jeder gute Fachwissenschaftler auch zum Lehrerberuf eignet, ist eine Binsenweisheit. Es ist deshalb sehr unglücklich, wenn die Konfrontation mit der Praxis des Lehrerberufs erst nach Abschluss des Studiums erfolgt - wie dies heute im wesentlichen der Fall ist.

Zu einem erfolversprechenden Lehramtsstudium gehört eine Verzahnung der vier wesentlichen Elemente: der Fachwissenschaft, der Fachdidaktik, der Pädagogik sowie der Lehr- und Lernmethoden.

Gerade unter diesem Aspekt erscheint es mir sehr fraglich, ob die zweistufige Bachelor- / Master- Struktur für die Lehrerbildung sinnvoll ist. Ein einphasiges, integriertes Studium mit dem Abschluss Staatsexamen oder mit einem grundständigen Master-Abschluss

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

www.fdp-sh.de

bietet wesentliche bessere Voraussetzungen, die Kernelemente einer guten Lehrerbildung vernünftig miteinander zu verzahnen.

Die bislang in Deutschland eingeführten Bachelor-/Master-Konzepte in der Lehrerbildung weichen zum Teil extrem voneinander ab.

Eine Grundfrage lautet dabei: Teilt man das Studium in einen fachwissenschaftlichen Bachelor-Studiengang und einen pädagogisch-didaktisch ausgerichteten Master-Studiengang auf - wie dies z.B. in Bochum praktiziert wird, oder versucht man, die unterschiedlichen Studieninhalte in beide Studiengänge zu integrieren - wie es z.B. an der Universität Bielefeld oder jetzt auch in Flensburg (beim Bachelor-Studiengang ‚Vermittlungswissenschaften‘) versucht wird.

Beide Lösungsmöglichkeiten führen zu unterschiedlich gearteten Nachteilen und Problemen.

Die strikte Trennung zwischen fachwissenschaftlichem BA und pädagogisch-fachdidaktischem MA reißt den inneren Zusammenhang auseinander und verhindert geradezu eine vernünftige Verzahnung der Inhalte. Für die Qualität der Lehrerbildung bedeutet dies eher einen Malus als eine Verbesserung.

Bei der integrativen Lösung stellt sich hingegen die Frage, welchen Sinn der zweistufige Studienaufbau macht, der schon wegen der doppelten Prüfungsphase und der meist auch längeren Regelstudienzeit tendenziell zu einer Verlängerung der Studiendauer beitragen dürfte.

Außerdem ergibt sich bei der integrativen Lösung auch die Frage, was aus jenen Bachelor-Absolventen von Lehramtsfächern werden soll, die keine Zulassung für den dazu gehörenden Master-Studiengang erhalten. In einem Berufsfeld, in dem die öffentlichen Arbeitgeber de facto ein Beschäftigungsmonopol haben, landen diese Absolventen zwangsläufig in einer Sackgasse des Arbeitsmarktes - denn alle Bundesländer verlangen für den Lehrerberuf - vernünftigerweise - eine Qualifikation auf Master-Niveau.

Außerdem führen die von Hochschule zu Hochschule sehr unterschiedlichen Bachelor- /Master- Konzepte auch zu erheblichen Mobilitätshürden. Statt eines „europäischen Hochschulraumes“ entstehen dabei im Rahmen des „Bologna-Prozesses“ de facto neue hochschulpolitische Kleingärten, bei denen manchmal sogar der Wechsel zwischen Universitäten ein- und desselben Bundeslandes mit großen Schwierigkeiten und jedenfalls mit erheblichem Zeitverlust verbunden ist.“